

Ausführliche Fragestellungen und Antworten
– Frank Lehmann / Landtagskandidaten des Wahlkreises VI, Köln –
Mai 2022

Frank Lehmann (Kirchmeister Evangelische Gemeinde Köln): *Werden Sie das am 1.7.2021 neu gefasste Klimaschutzgesetz NRW novellieren und hierbei einen jährlichen Reduktionspfad der Emissionen festlegen, anstatt der bisherigen Ziele, die nur Zielwerte für 2030, 2040 und 2045 vorgeben?*

Wie werden Sie sicherstellen, dass die dort verankerten jährlichen Klimaschutzziele nachweislich erreicht werden?

SPD (Florian Schuster): Ich will, dass wir das NRW-Klimaschutzgesetz novellieren und die Ziele, Maßnahmen und - vor allem - das Monitoring zur Zielerreichung festschreiben. Oberste Maßgabe ist das 1,5-Grad-Ziel, dessen Erreichung einen konkreten Reduktionspfad braucht. Es braucht für jedes Jahr konkrete Schritte und Reduktionsziele. Auch das Monitoring muss quantitativ – also mit konkreten Zahlen - unterlegt sein. Die festgelegten Reduktionsziele pro Jahr müssen standardmäßig bei allen Politikmaßnahmen in Land und Kommunen mitgedacht und überprüft werden. Auf diese Weise wird der Klimaschutz zur permanent präsenten Querschnittsaufgabe von Politik und Verwaltung.

Ganz generell: Klimaschutz kann nur gelingen, wenn wir drei Voraussetzungen schaffen. Erstens brauchen wir massive Investitionen in Qualifizierung und Ausbildung, um die Fachkräfte in Handwerk und Industrie zu gewinnen, die den Klimaschutz vor Ort umsetzen (indem sie Windräder bauen, Wärmepumpen installieren etc.). Zweitens brauchen wir handlungsfähige Kommunen, die zügig planen, genehmigen und vorantreiben können. Das ist die Verantwortung des Landes. Drittens kennt der Klimawandel keine Finanzobergrenzen, denn er ist Physik. Klimaschutz muss es uns wert sein, deswegen sind schuldenfinanzierte Investitionen in die genannten Bereiche notwendig und wirtschaftlich sinnvoll.

Alle Parteien wollen zum Glück heute den Klimaschutz. Aber bloße Ziele vorzugeben, reicht nicht. Wir unterscheiden uns im Weg, nicht im Ziel. Meine Überzeugung ist: Es braucht fürs Gelingen Fachkräfte und Geld. Kurzum: Arbeit und Finanzen sind der Schlüssel. Denn so wie der Klimawandel menschengemacht ist, ist es der Klimaschutz auch.

Die Grünen (Berivan Aymaz): Schwarz-Gelb hat das Klimaschutzgesetz NRW zu einem zahnlosen Tiger gemacht. Wir wollen die Wirksamkeit erhöhen und es zum zentralen Instrument der Klimaschutzpolitik in NRW weiterentwickeln. Dazu sind kurzfristig wesentliche Änderungen notwendig. Wir sind der Überzeugung, dass NRW nicht erst 2045, sondern schon bis 2040 klimaneutral werden kann, entsprechend werden wir die Ziele nachschärfen. Wir werden sie aber auch mit jahresscharfen Zielwerten für jeden Sektor konkreter machen. Es ist kein Zufall, dass Schwarz-Gelb diese Konkretisierung gescheut haben, denn für die Erreichung des jetzigen Klimaziels für 2030 wird absehbar der Kohleausstieg bis 2030 fast automatisch sorgen. In den anderen Bereichen wie Strom, Wärme, Industrie oder Verkehr werden für das Ziel kaum Änderungen nötig sein. Das zeigt doch, dass NRW mehr zur Erreichung der deutschen Klimaziele beitragen kann und muss, als bisher von Schwarz-Gelb geplant.

Wir werden die Verbindlichkeit für die einzelnen Ressorts der Landesregierung erhöhen, in dem wir Strategien und Maßnahmenpläne einfordern werden, die die Zielerreichung

garantieren. Bei drohender Zielverfehlung wollen wir vergleichbare Verfahren wie auf Bundesebene implementieren, also die Pflicht mit einem Sofortprogramm, kurzfristig Emissionen einzusparen. Das jetzige Prinzip der gemeinsamen Verantwortung aller Ressorts ist gescheitert, bestes Beispiel sind die seit Jahren stagnierenden Emissionen im Verkehrssektor. Zudem werden wir einen Klimavorbehalt einführen, mit dem wir klimaschädliche Landesgesetze, Verordnungen und Förderprogramme verhindern wollen, indem von vornherein transparent gemacht wird, welche Klimawirkungen die vorgeschlagenen Änderungen haben. Bestehendes Landesrecht wollen wir einem Klima-Check unterziehen.

CDU (Bernd Petelkau):

Die CDU hat in 2021 das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer eingeführt. Dies wollen wir durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die die Mobilitätswende und einen frühzeitigen Kohleausstieg umsetzen, Die Stadt Köln hat unter Führung der CDU bereits die Klimaneutralität bis 2035 beschlossen. Dies streben wir auch für NRW an. Technische Innovationen können den ambitionierten Zeitplan weiter verbessern.

Frank Lehmann (Kirchmeister Evangelische Gemeinde Köln): Auf wieviel wollen Sie den jährlichen Zubau an installierter Leistung für On-Shore Wind brutto (= vor Rückbau von allen Anlagen) sowie an installierter Leistung für Photovoltaik mindestens erhöhen und wie werden Sie dies gewährleisten?

SPD (Florian Schuster): Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir in allen Sektoren ansetzen. Im Energiesektor muss die 1.000m-Abstandsregel fallen. Wir planen verbindlich 2% der Landesfläche für Windkraft ein. Solar- und/oder PV-Anlagen müssen verpflichtend auf jedes neu- oder umgebaute Gewerbegebäude, auf jedes in Frage kommende öffentliche Gebäude und für private Gebäude auskömmlich gefördert werden. Um Kommunen und Bürger:innen zu beteiligen, will ich, dass wir Mieterstrommodelle und finanzielle Beteiligungen fördern und rechtlich sicherstellen. Denn wer von der Energiewende profitiert, geht dagegen nicht auf die Straße.

Konkrete Ausbauziele müssen im novellierten Klimaschutzgesetz NRW festgeschrieben werden. Ich kann mich aber an Bedarfen orientieren. Pro Jahr müssen wir ca. bis zu 900-1000 MW sowohl bei Wind als auch bei Solar zubauen. Nichts weniger als das, nämlich was für den Planeten notwendig ist, ist deshalb auch mein jährliches Ziel.

Die Grünen (Berivan Aymaz): Wir wollen die Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren von der Bundesebene übernehmen und bis 2030 80 Prozent Erneuerbare im Stromsektor erreichen, bis 2035 100 Prozent. Das wird eine Herkulesaufgabe, die umgehend und mit oberster Priorität angegangen werden muss. Kurzfristig wollen wir wieder mindestens 200 neue Windenergieanlagen pro Jahr ans Netz bringen, das bedeutet bei modernen Anlagen eine Leistung von etwa 1000 Megawatt. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, macht einen möglichst schnellen Ausbau der Erneuerbaren nochmals deutlich dringlicher, als die Klimakrise ohnehin schon.

Der Flaschenhals sind aktuell die verfügbaren Flächen, daher ist es notwendig, die pauschalen 1.000-Mindestabstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung abzuschaffen. Damit gelten dann wieder die bundesweit gültigen Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Gleichzeitig müssen wir auch auf Fichtenplantagen und anderen ökologisch weniger wertvollen Forstflächen Windenergie ermöglichen, damit NRW insgesamt 2 Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung bereitstellen kann.

Daneben werden wir aber auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen, mit einer Task-Force, mobilen Teams zur Unterstützung vor Ort und klaren Vorgaben.

Bei der Photovoltaik wollen wir analog den Zielen der Bundesregierung den Zubau schrittweise auf mehrere Gigawatt vervielfachen. Damit dies gelingt, muss Solarenergie auf jedem geeigneten Dach zum Standard werden. Wir wollen hier dem Vorbild Baden-Württemberg folgen und eine schrittweise Solarpflicht einführen, die für alle Neubauten und perspektivisch auch für den Bestand gelten soll. Doch allein mit Anlagen auf Dächern werden die Ziele nicht erreichbar sein. Daher werden wir auch die Regelungen für große Solarparks vor allem entlang von Autobahnen und Schienenwegen erleichtern und innovative Anlagen auf Wasserflächen und in Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung stärker unterstützen.

CDU (Bernd Petelkau):

Ausbau der Erneuerbaren Energien:

Wir wollen bis 2030 die in NRW installierte Leistung der Windenergie auf 12 GW verdoppeln und die der Photovoltaik auf 24 GW vervierfachen. Um die Akzeptanz der Windenergie zu erhalten haben wir Mindestabstände zur Wohnbebauung festgeschrieben, die von den Kommunen auf Wunsch verkürzt werden können. Windanlagen in „Kalamitäts“-Wäldern werden zugelassen.

Des Weiteren wollen wir NRW zum Wasserstoffland Nr.1 machen. Dies ermöglicht, die Wärmeversorgung und die Industrie klimaneutral aufzustellen.

Frank Lehmann (Kirchmeister Evangelische Gemeinde Köln): *Wie werden Sie auf landesrechtlicher Ebene den Treibhausgas-Ausstoß durch den Verkehr reduzieren und wie groß (in Tonnen CO₂-Äquivalent) wird diese Reduktion (in Etappen bis 2035) sein?*

SPD (Florian Schuster): Ich bin überzeugt, dass wir für die Verkehrswende alle Verkehrsmittel brauchen. Viele Menschen und auch kleine Wirtschaftsbetriebe sind auf den Autoverkehr angewiesen. Ihn pauschal ausschließen zu wollen, ist mir zu undifferenziert, unrealistisch und unsozial. Um trotzdem den Treibhausgas-Ausstoß zu verringern, müssen wir den Autoverkehr konsequent auf E-Antriebe umstellen. Das Land kann das unterstützen, in dem E-Ladesäulen in der Stadt- und Infrastrukturplanung der gesetzliche Standard werden. Mehr öffentlicher Raum wird (vor allem in den Städten) vom Auto- zum Rad- und Fußverkehr umverteilt. Das ÖPNV-Angebot ist so auszubauen, dass alle mobil sind, egal wo sie wohnen. Perspektivisch will ich, dass der ÖPNV umlagefinanziert, und daher für die Bürger:innen kostenfrei wird. Das Land muss aber heute schon eine Finanzierung bereitstellen, die eine Umstellung sämtlicher ÖPNV-Angebote auf E- oder Wasserstoff-Antriebe ermöglicht. Was die quantitativen Reduktionsziele angeht, möchte ich keine falschen Versprechen oder Festlegungen machen, sondern das den Fachexpert:innen überlassen. In jedem Fall müssen für den Verkehr im novellierten Klimaschutzgesetz konkrete Reduktionsziele für jedes Jahr festgeschrieben werden.

Grüne (Berivan Aymaz): Beim Thema Mobilität kommt es eng auf das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen Bund, Land und Kommune an. Viele Dinge, die direkt CO₂ einsparen würden, wie z.B. ein Tempolimit, kann nur der Bund regeln. Andere Maßnahmen, wie z.B. die Neuaufteilung von Fahrspuren zugunsten des Rad- und Fußverkehrs werden in der Kommune entschieden. Das Land ist deshalb in vielen Dingen nur mittelbar zuständig bzw. auf die Kooperation mit den anderen Ebenen angewiesen. Wir GRÜNE wollen

beispielsweise, dass das Land den Öffentlichen Nahverkehr ausweitet und sprechen uns für eine Mobilitätsgarantie aus. Dafür soll das Land entsprechende Gelder zur Verfügung stellen (z.B. die Verdoppelung der Pro-Kopf-Zuschüsse im Nahverkehr) und die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Die für den Nahverkehr zuständigen Kommunen und Verkehrsverbände müssen das dann umsetzen. Je nachdem, welche Voraussetzungen gegeben sind und wie gut das ÖPNV-Angebot damit vor Ort gestaltet wird, findet dann eine Verlagerung vom Autoverkehr auf den Nahverkehr statt. Damit wird selbstverständlich auch viel CO₂ eingespart, aber eine genaue Höhe lässt sich seriös nicht beziffern. Ebenso wollen wir ein wirksames Fahrradgesetz umsetzen, das dafür sorgt, dass ein dichtes Netz an komfortablen und sicheren Radwegen im ganzen Land entsteht. Das Ziel ist, dass möglichst schnell ein Radverkehrsanteil von 25 Prozent erreicht wird. Auch dies würde erhebliche Mengen an CO₂ einsparen, aber innerhalb welcher Zeit und in welcher Höhe, kann nur grob geschätzt werden. Insgesamt kommt es für uns darauf an, den gesamten Mobilitätssektor klimaneutral zu gestalten, indem wir zum einen den Umstieg vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel durch echte Alternativen erleichtern wollen, zum anderen indem wir – auch im Luft-, Wasser- und Schwerlastverkehr – auf klimaneutrale Antriebe setzen.

CDU (Bernd Petelkau):

Verbesserung klimafreundlicher Mobilitätslösungen:

Wir wollen zur Erreichung der Klimaziele die Emissionen des Verkehrssektors bis 2030 halbieren.

Folgende Mittel wollen wir dafür einsetzen:

- a) Fortsetzung der von der CDU auf den Weg gebrachten ÖPNV-Offensive, die u.a. jede Kommune ab 20.000 Einwohner mit einer Schienen- und/oder Schnellbusanbindung versorgt, einem Grundtakt von 15 min und verbilligtes 100-km-Seniorentickets einführt
- b) Güterverkehr durch ein Milliardeninvestitionsprogramm auf die Schienen und die Wasserstraßen verlagern
- c) NRW zum Fahrradland Nr.1 machen. Auf Basis des von er CDU eingeführten Fahrradgesetzes wollen wir den Ausbau des Radwegenetzes forcieren
- d) Den Anteil einer klimaneutralen E-Mobilität durch die Förderung der Ladeinfrastruktur deutlich ausbauen
- e) Förderung der Klimaneutralität des Luftverkehrs

Zum frühzeitigen Kohleausstieg: Wir wollen als CDU den Kohleausstieg bereits bis zum Jahr 2030 umsetzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen für Versorgungssicherheit und Preisstabilität schafft.